GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zwei frauenpolitische Manifeste auf dem Prüfstand :

Voß, Eva

2005

https://doi.org/10.25595/473

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Voß, Eva: *Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zwei frauenpolitische Manifeste auf dem Prüfstand :* , in: Freiburger FrauenStudien, Jg. 11 (2005) Nr: 17, 317-320. DOI: https://doi.org/10.25595/473.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Eva Voß

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zwei frauenpolitische Manifeste auf dem Prüfstand

In diesem Jahr feiern zwei wichtige frauenpolitische Ereignisse ihr Jubiläum: Die Pekinger Aktionsplattform feiert ihr zehnjähriges und die Millennium Development Goals (MDG) ihr fünfjähriges Bestehen. Diese Initiativen, die von den *Vereinten Nationen* (*VN*) ausgingen, müssen sich heute einer kritischen Betrachtung stellen. Für Millionen von Frauen ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und Erfolge wie Rückschläge dieser frauenpolitischen Zielsetzung zu benennen. Sowohl die Pekinger Aktionsplattform als auch die MDGs sind aus der Überzeugung entstanden, dass Entwicklungsarbeit ohne die aktive Beteiligung von Frauen nicht möglich ist. Bereits auf den ersten drei Weltfrauenkonferenzen in den 70er und 80er Jahren wurden Forderungen nach mehr Engagement der *VN*-Mitgliedsstaaten gestellt. Der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, die Reduzierung von Armut, Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und viele andere frauenpolitische Themen standen auf der Agenda der *VN*. Aus diesem Grunde riefen die *VN* die Dekade der Frauen aus, um auf die Missstände hinzuweisen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.

1995 fand die vierte und bislang letzte Weltfrauenkonferenz in Peking statt. Es war die bis dato größte aller *VN*-Weltkonferenzen und neben den tausenden Regierungsdelegationen nahmen parallel ebenfalls tausende Frauen am Forum der Nichtregierungsorganisationen (NRO) teil.[1] Diese überwältigende Präsenz der Frauen untermauerte die Dringlichkeit der Einbeziehung von Frauen in Fragen der Entwicklungspolitik und mündete schließlich in einer einstimmig von der Generalversammlung verabschiedeten Aktionsplattform. Diese enthält 12 kritische Bereiche, in denen sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, Veränderungen zugunsten von Frauen vorzunehmen.[2] Zehn Jahre nach diesem tragenden Ereignis kann die Bilanz jedoch nur gedämpft ausfallen. Noch immer steht die Umsetzung konkreter Maßnahmen aus und in manchen Bereichen gibt es eher Rück- als Fortschritte zu vermelden. So fehlt zum Beispiel auf europäischer Ebene trotz alarmierender Opferzahlen[3] eine kohärente Strategie zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen.[4] Aber auch Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung[5], geringe Beteiligung von Frauen in Entscheidungspositionen[6] sowie stereotype Darstellungen von Frau-

en in den Medien gehören zu den fortbestehenden Problemfeldern. Zudem sind Frauen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten von einer durch die Erweiterung bedingten Steigerung der Erwerbslosigkeit und damit einhergehend von einer drohenden Verarmung betroffen.[7] Auch im Bereich der Gesundheit gestaltet sich die Situation nicht besser: So ist die Anzahl der in den letzten Jahren an HIV/AIDS infizierten Frauen dramatisch gestiegen[8] und auch die Zahl der Genitalverstümmelungen hat sich nur marginal verringert. Für diesen Stillstand der Verbesserung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung sind sowohl regional verhaftete Traditionen, fehlende Aufklärung, aber auch konservativ eingestellte Geberländer, wie zum Beispiel die USA, verantwortlich. Dies wurde einmal mehr auf der 49. Sitzung der *Commsission on the Status of Women* (*CSW*) in New York zu Beginn dieses Jahres deutlich. Während dieser Sitzung, auf der Delegationen aus allen *VN*-Mitgliedsländern zusammenkamen, wurde die Umsetzung der Aktionsplattform zehn Jahre nach der Unterzeichnung überprüft. Der Versuch konservativer Kräfte (sowohl von Regierungen wie auch religiösen Delegationen), Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen,[9] scheiterte jedoch; eine Deklaration von der *CSW* wurde einstimmig verabschiedet und damit die Aktionsplattform von Peking sowie die Abschlussdokumente von Peking+5 uneingeschränkt bestätigt. Dies ist zweifelsohne ein wichtiges Ergebnis, macht aber auch deutlich, dass der Spielraum für frauenpolitische Fragen sehr eng ist, wenn die jeweiligen Regierungen eine andere, konservativ ausgerichtete Position vertreten. So hehr auch die Ziele von Peking sein mögen, so sehr hängt doch die Umsetzung vom politischen Willen und nicht zuletzt von der finanziellen Unterstützung der *VN*-Mitgliedsstaaten ab.

Gleiches gilt für die MDGs, die während des Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen im September 2000 verabschiedet wurden. Explizit wird die Frage der *gender equality* zwar nur in einem der acht Punkte genannt, insgesamt zieht sich dieser Aspekt jedoch wie ein roter Faden durch alle Entwicklungsziele und stellt so den Dreh- und Angelpunkt der gesamten Entwicklungsstrategie dar. Es gilt aber auch hier wie bei der Pekinger Aktionsplattform, dass weitere Anstrengungen nötig sind, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Ein verbesserter Zugang zu Bildung und Arbeit ist dringend notwendig, um Fortschritte durch die MDGs zu erzielen. Ein Beispiel: Im Kampf gegen den Analphabetismus unter jungen Frauen würden Länder wie der Irak 74 Jahre, Pakistan 24 und Nepal immerhin noch 15 Jahre benötigen, um die gesetzte Frauen-Alphabetisierungsrate von 95% zu erreichen.[10]

Bei aller Nüchternheit dieser Ergebnisse steht am Ende jedoch fest, dass in den ärmsten der armen Regionen ein Fortschritt für Frauen nur innerhalb eines international agierenden Systems wie den *Vereinten Nationen* möglich ist. Nur durch den internationalen Druck der Staatengemeinschaft und ein enges Netz an Kooperationen innerhalb des *VN*-Systems sind Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung

möglich. Erst die Mechanismen einer Weltorganisation und das damit verbundene öffentliche Interesse können die einzelnen Regierungen zu einer straffen Implementierung und Kontrolle der ratifizierten Verträge zwingen.

Anmerkungen

1 Vgl. Hilka Pietilä: *Engendering the Global Agenda: The Story of Women and the United Nations*, Genf 2002, S. 58.

2 Zu den kritischen Bereichen zählen: Frauen und Armut, Erziehung und Ausbildung von Frauen, Frauen und Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, Frauen und bewaffnete Konflikte, Frauen und Wirtschaft, Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen, Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau, Menschenrechte von Frauen, Frauen und Medien, Frauen und Umwelt, Mädchen.

3 Es wird geschätzt, dass in Europa ca. 1 von 5 Frauen im Laufe ihres Lebens Gewalt durch ihren Intimpartner erfährt. Die häufigste Todesursache von Frauen im Alter zwischen 16 und 44 ist häusliche Gewalt – noch vor Krebs und Verkehrsunfällen. Vgl. Europarat, *Recommendation 1582*, 2002.

4 Vgl. Europäische Frauenlobby: *Beijing+10, 1995-2005: Review of the Implementation of the Beijing Platform for Action by the European Union*, Brüssel 2004, S. 46.

5 Im Durchschnitt verdienen Frauen in der EU-25 ca. 15% weniger als Männer bei gleicher Arbeit. Vgl. Europäische Kommission: *Gender Equality Report,* 2005, http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2005/feb/gender_equality_2005_report_en.pdf, S. 5.

6 Vgl. Europäische Frauenlobby: *Beijing+10, 1995-2005: Review of the Implementation of the Beijing Platform for Action by the European Union*, Brüssel 2004, S. 11.

7 Vgl. UNIFEM: *Progress of the world's women 2002. Gender Equality and the Millennium Development Goals*, Bd. 2, New York 2002, S. 2.

8 Vgl. UNAIDS, UNFPA, UNIFEM: *Women and HIV/AIDS: Confronting the Crisis*, New York 2004, S. 1.

9 So versuchten die USA u.a. Abtreibungsgegner zu mobilisieren, um Änderungen in der zu beschließenden Deklaration zu bewirken, obwohl die PfA bewusst keine Stellung zur Abtreibung an sich, sondern sich nur ganz allgemein auf reproduktive Rechte bezieht. Auch der Versuch, statt einer Bekämpfung von Mädchen- und Frauenhandel lediglich Prostitution zu verurteilen, scheiterte am Widerstand eines überraschend einstimmig sprechenden Europas (immerhin gehören dazu auch erzkatholische Länder wie Polen). All diese Initiativen hätten bei ihrer Annahme einen Schritt weit vor die 1995 erzielten Ergebnisse bedeutet und damit der liberalen Frauenbewegung erheblichen Schaden zugefügt.

10 UNIFEM: *The Story behind the numbers: Women and Employment*, Bratislava 2004, S. 29.